

Entschließungsantrag **der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P.**

zur vereinbarten Debatte

zum Beschluß des Bundesverfassungsgerichts vom 25. August 1994
— 1 BvR 1423/92 —

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Deutsche Bundestag achtet und respektiert die Unabhängigkeit und Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts als Verfassungsorgan und höchstes Gericht unseres Landes. Der Deutsche Bundestag weiß aber auch um die Betroffenheit und Sorge vieler Menschen, vor allem vieler Soldaten, die mit ihrem Dienst in der Bundeswehr ihre staatsbürgerliche Pflicht zur Sicherung und Verteidigung unseres Landes erfüllen, daß die gerichtliche Billigung einer Meinungsäußerung, die Soldaten als „Mörder“ bezeichnet, auch zu erheblichen Mißverständnissen und Mißdeutungen in der Öffentlichkeit führen kann.

Soldaten, die auf der Grundlage des Grundgesetzes ihrem Dienst nachgehen, werden moralisch für „vogelfrei“ erklärt und in ihrer Menschenwürde – dem höchsten Rechtsgut unserer Verfassung – verletzt, wenn sie ungestraft als „Mörder“ bezeichnet werden können.

Deshalb bekennt sich der Deutsche Bundestag zum Dienst der Soldaten für Frieden und Freiheit der Bürger unseres Landes.

Deutschland kann heute auf die längste Friedenszeit in seiner modernen Geschichte zurückblicken. Unsere Bundeswehr hat dazu an der Seite unserer Verbündeten ganz entscheidend beigetragen.

Unsere Soldaten haben bei schwierigen und gefährvollen Missionen dem Frieden der Welt und unserem Land einen wichtigen Dienst erwiesen. Bei der Vollendung der inneren Einheit unseres Vaterlandes haben sie Großartiges geleistet. Sie haben Grund zu Selbstbewußtsein und Stolz.

Den Soldaten der Bundeswehr gebührt unser besonderer Dank. Ihr Dienst verlangt in letzter Konsequenz ein existentielles Engagement, nämlich notfalls das Leben einzusetzen. Dafür verdienen sie unsere besondere Achtung.

Die Soldaten der Bundeswehr stehen mit ihrem Dienst für die Allgemeinheit mitten in unserer Gesellschaft. Die Allgemeine Wehrpflicht ist und bleibt dabei Ausdruck der persönlichen Mitverantwortung des Bürgers für ein Leben in Frieden und Freiheit.

Der Dienst der Soldaten bleibt für unser Land unentbehrlich. Auf dem Wege in die Zukunft gebührt ihnen die Solidarität aller Bürger und die Unterstützung aller politischen Kräfte in Deutschland.

Bonn, den 21. September 1994

Dr. Wolfgang Schäuble, Michael Glos und Fraktion

Dr. Hermann Otto Solms und Fraktion